

# Mahnwache gegen Angriffskrieg

## Resolution an Bundestagsabgeordneten Stefan Wenzel übergeben: Politik soll Türkei stoppen

**Cuxhaven.** Am Vorabend des Internationalen Tags der Menschenrechte protestierten Menschen in Cuxhaven gegen den Dauer-Beschuss der Türkei gegen Syrien. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der Türkei, der seit dem 19. November 2022 gezielt Krankenhäuser, Schulen, Stromversorgung Getreide-Depots und andere wichtige Einrichtungen der Infrastruktur zerstöre, finde in der Presse kaum Erwähnung, hieß es. Unter fadenscheiniger Begründung setze die Türkei in Nord-Ost-Syrien Kampfflugzeuge, Drohnen und Artillerie ein, heißt es in einem „Frankfurter Appell“ von Ende November, dem sich zahlreiche Initiativen angeschlossen haben. Dies sei ein Krieg gegen die Menschlichkeit, geduldet durch Russland, die USA und auch Deutschland.

Eine kleine Gruppe aus Otterndorf, der auch die für ihr Engagement in der Flüchtlings-



**Mitglieder verschiedener Parteien, des Arbeitskreises Asyl und weitere Bürgerinnen und Bürger machten auf den in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommenen Angriff aufmerksam.** Foto: Arbeitskreis Asyl/Zulkowski-Stüben

hilfe und ihr einschlägiges Wissen bekannte Gisela Penteker angehört, initiierte am Freitag die Mahnwache vor dem Parteibüro der Grünen in der Deichstraße in Cuxhaven. Mit der Region Rojava sympathisierende Menschen aus dem Cuxland sowie Mitglieder verschiedener Organisationen, unter anderem der Parteien Bündnis 90/Die Grünen und „Die Linke“ sowie dem Arbeitskreis Asyl Cuxhaven forderten

„Stopp dem Angriffskrieg der Türkei gegen die Autonomiegebiete in Nord-Ost-Syrien“ und übergaben eine Resolution an den örtlichen Bundestagsabgeordneten und Staatssekretär Stefan Wenzel, Bündnis 90/Die Grünen. In dieser Resolution heißt es: „Folgendes erhoffen und erwarten wir von den Abgeordneten der Grünen und der SPD im Bundestag, insbesondere vom Bundeskanzler und der Außen-

ministerin: Setzen Sie sich öffentlich und in ihrer Partei dafür ein, dass die Bundesrepublik Deutschland bei der OPCW (Organisation für das Verbot chemischer Waffen) eine Untersuchung der Chemiewaffenangriffe in Südkurdistan/Nordirak beantragt. Unterstützen Sie die Kampagne für eine Flugverbotszone über Nord- und Ostsyrien (#noflyzone4rojava). Setzen Sie sich öffentlich und in ihrer Partei dafür ein, dass Deutschland ein Embargo über die Lieferung von Waffen und Waffenteilen an die Türkei und den Iran verhängt. Setzen Sie sich öffentlich und in ihrer Partei dafür ein, dass das Verbot der „Arbeiterpartei Kurdistan“ (PKK), das immer wieder als Rechtfertigung für die Verfolgung und Unterdrückung kurdischer und demokratisch bewegter Menschen in Deutschland, der Türkei und ganz Kurdistan herhalten muss, aufgehoben wird.“ (red)